

Begusgeschäft:

Eine Kugelkugel 2 Rz. 50 Pf.; zwei bis
drei 2 Rz. 75 Pf.

Die "Begusgeschäft" widerstreitet
eigentlich Margarete; die Belehrung im
Festes aus der nächsten Uebersetzung,
so die Erwähnung durch eigene Rechte
oder Ausstellung erlaubt, erhalten
die Rechte an Bedenken, die nicht
auf Gewissheit oder Sicherheit beruhen, in
den Verhandlungen überwinden und
Worten aufnehmen.

Für längere eingehende Beratungen
keine Bedenken.

Zeitungspreis je 10 Pf.

Amt 1 Mrz. 11 u. 12. 2000.

Telegraph-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Neueste Frühjahr-Auswahl
Imprägnierte Joppen, Havelocks!
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.

Teleg.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Julius Schädlitz
Am See 16, part. u. L. St.
Beliebtheit gegenstände

Petroleum und Kerzen.



Würmer

bei Kindern und Erwachsenen
werden absolut sicher vertrieben
durch die berühmte Medicinalrath

Dr. Küchenmeister's Wurmpräparate.

Salomonis-Apotheke Dresden-A.
Neumarkt 8.

"APENTA"
Das Beste Ofener Bitterwasser.

Restaurant
Neustädter Markthalle, Dresden-N.
Hauptstr. 30
Inhaber: Carl Romberg
empfiehlt seine angenehm ventilirten Lokalitäten einer
geneigten Beachtung.

Schwerhörige

erhalten die in 3. Auflage soeben erschienene reich
illustrierte Beschreibung von Instrumenten und
Apparaten für Schwerhörige gegen Ein-
söndung von 50 Pf.

Carl Wendschuch, Struvestrasse 11.

Nr. 65. Spiegel: Deckungsfrage und Flottenvorlage. Hofnachrichten, Landtag, Bergarbeiterausstand, Beamten-
plünnungen, Sommerfahrtplan, Bürgerfeste, Gerichtsverhandlungen, Kunstverein. **Muthmahl Bitterung:** Niederschläge. **Donnerstag, 8. März 1900.**

Die Deckungsfrage.

Welches Schicksal der Flottenvorlage beschieden sein wird, darüber ist man heute noch ebenso im Unklaren, wie am ersten Tage ihrer Ankündigung. Auch die erste Lösung des Geheimschreits hatte eine Klärung nicht gebracht. Das Centrum als die aussichtsgebende Partei ließ nicht im Mindesten erkennen, ob es im entscheidenden Augenblick Ja oder Nein sagen, ob es in der Hauptfrage die Regierungsforderungen bewilligen oder es auf eine Reichstagsauflösung ankommen lassen werde. Um sich seine definitive Stellungnahme vorzubehalten, wurde von Anfang an die Deckungsfrage in den Vordergrund geschieben. Der Centrumsredner gab bei der ersten Verhandlung die Erfahrung ab, daß nur bei einer befriedigenden Lösung der Deckungsfrage aus die Zustimmung des Centrums zu rechnen sei.

Über die Notwendigkeit der unerlässlichen Weiterentwicklung unserer Wehrkraft zur See ist seitdem überhaupt nicht mehr gesprochen worden. In der Sitzung, wo die Vorlage im Schoo der Budgetkommission ruhte, ist nur noch die Frage erörtert worden, wie die Kosten für die geplante Verstärkung der Flotte aufgebracht werden sollen. Während früher die grundsätzlichen Oppositionsparteien ihr Handwerk dadurch am wirksamsten zu betreiben suchten, daß sie die Unpopulärität neuer Steuern benutzten, um gegen diese Front zu machen und die Wählermassen in Angst und Schrecken zu setzen, wird jetzt das umgedachte Verfahren eingeschlagen. Man willst den Regierungen vor, daß sie nicht neue Steuern fordern, daß sie auf solche unter dem Hinweis auf die günstige Finanzlage des Reiches und in der Hoffnung auf eine weiterhin stetig fortchreitende Steigerung der Reichsbeziehungen verzichten zu können glauben. Als vor sieben Jahren bei der Cospudenischen Herrenvorlage die verbliebenen Regierungen dieser heute von den oppositionellen Kritikern der Flottenvorlage geltend gemachten Forderung neuer Steuervorschläge zur Deckung der Kosten entstrichen, da hatte sich die oppositionelle Reichstagsmehrheit auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt: sie verwarf die Steuervorschläge der Regierungen mit der Begründung, daß man keine neuen Steuern, deren Notwendigkeit nicht nachgewiesen sei, auf Vorwurf befreiligen wolle. Jetzt wird die Flottenvorlage ohne neue Steuern für unannehmbar erklärt, obwohl die Regierungen verzichtet haben, daß sie voransichtlich ohne solche auskommen werden und die Flottenvorlage keineswegs dazu verpflichtet, unbedingt bindende Beschlüsse über die Deckungsfrage zu fassen. Da jedoch immerhin der Fall eintreten kann, daß zu irgend einem Zeitpunkte der Flottenvorhaltungs-Bericht die finanzielle Erreichung neuer Steuerauflagen erforderlich macht, so haben die verbliebenen Regierungen keinen Anlaß, der Erörterung der Deckungsfrage prinzipiell aus dem Wege zu gehen: offensichtlich ist vielmehr selbstverständlich, daß sie sich zu einer vorherigen Verhandlung über die Deckungsfrage nicht ablehnend verhalten werden.

Oftwohl es vornehmlich das Centrum ist, das die Deckungsfrage in den Vordergrund geschieben hat, vermieden es viele Organe, ja mit positiven Vorwänden zu debüttieren. Nur nach der negativen Seite hin weiß man bis jetzt, was die ultramontane Partei unter einer befriedigenden Lösung der Deckungsfrage verstanden wissen will. In seinem Faßt die das Centrum für eine Erhöhung der indirekten Steuern zu fordern, vielmehr wird es gründlich daran festhalten, daß die Kosten auf die leistungsfähigsten Schultern gewälzt werden. In dem § 8 des Flottenvorlasses vom Jahre 1888 ist ausdrücklich bestimmt worden, daß für den Fall, daß die dem Reich zustehenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Reichsbedarfs an Marineausgaben nicht ausreichen, der Reichsbedarf nicht durch Erhöhung oder Vermeidung der indirekten Steuern eingeschränkt werden darf. Da angenommen werden muß, daß der in diesen Paragraphen festgelegte Standpunkt auch weiterhin bei der Behandlung der Deckungsfrage maßgebend bleiben dürfte, so müssen von vornherein aus der Reihe der zur Zeit vorliegenden Vorläufige diejenigen als ausgeschlossen ausgeschaltet werden, die eine Erhöhung der indirekten Steuern empfehlen. Die Hand. Nacht., die für eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer eintreten, müssen selbst eingestehen, daß hierfür zur Zeit keine Aussicht vorhanden ist, obwohl der Anteil findet, daß man später kaum umhin können werde, auf den abgelebten Gebrauch der Einrichtung der Biersauer nach bayerischen Muster zurückzugehen.

Der freilinige Seite wird von Neuem für die Einführung einer Reichsvermögenssteuer plädiert, wie sie bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen wurde, während man von dem Gedanken der Einführung einer Reichsvermögenssteuer wieder abgesehen ist, weil diese zu großen Schwierigkeiten begegnen würde und zwar deshalb, weil Einommensteuern überall in den Einzelstaaten vorhanden sind und dort im engen Zusammenhang mit den besonderen Steuern auf den Grundbesitz, den Gebäuden und Gewerbebetrieb sowie der kommunalen Einkommensbesteuerung stehen. Tie. Frei. ist erinnert an den Antrag der Freisinnigen Volkspartei zur Einführung einer Reichsvermögenssteuer, welche Vermögen trennen sollte, die nach Abzug der Schulden den Gesamtvermögen von 100.000 M. erreichen. Nach der letzten Verhandlung zur Erdgassteuer in Preußen bringt eine Vermögenssteuer in Preußen auf Vermögen von 100.000 M. an und mehr mit 1/2 pro Mille des Wertes jährlich 20.725.000 M. Daran lasse sich feststellen, daß eine solche Steuer für das Reich mindestens 3 Millionen M. ergeben würde. Steuerlich ist in Preußen mit einem Vermögen von 100.000 M. und mehr 110.507 Personen; für das ganze Reich würde sich darnach die Zahl der Steuerpflichtigen auf etwa 177.000 belaufen.

Auch von konserватiver Seite wird der Deckungsfrage näher getreten. Die Kreuziga. wartet mit einem reichhaltigen Steuervorlage auf, das Erwähnung verdient, weil einzelne Vorläufige bei den weiteren Erörterungen vielleicht noch eine Rolle spielen dürften. In einer Linie empfiehlt das konervative Blatt ein dauerhaftes Ausleben der Steuerabgabe gegenüber der Börsie. Wederhin wird die Einführung einer Rentensteuer bei den Aktienstellungen gefordert. Da ist ein Herr am Rhein, schreibt hierzu die Kreuziga.: „der nicht weniger als 16 Aktiengesellschaften als

Aussichtsratsmitglied, zum Theil als erster oder zweiter Vorsteher der angehört. Alle Aktion vor dieser Zeitung. Sechzehn Gesellschaften: das geht zum Mindesten lediglich Aufschwungshandlungen und ebenso viel Generalversammlungen im Jahre, macht also zweitunddreißig Versammlungen, die zumeist ja mit einem Teile des Jahres abdecken. Für diese auferhebliche Tätigkeit müssen sie sich dazu noch besonders der Mühe unterziehen, die verschiedenen Leistungen über die einzelnen Tantien auszurichten. Wenn all dies den Herren Ihr Amt durch Verminderung des Schreibwechsels, mir meinen durch eine Herabsetzung der zu beauftragenden Tantienmechaniken, etwas erleichtert werden würde, so dürften wir vielleicht sogar auf ihre Dankbarkeit dafür rechnen, daß wir zu dieser Arbeitsförderung die Anregung gegeben haben.“ Von den Tantien gelangt die Kreuziga. zur Dividendensteuer und zu dem Vorstoss, die an den Verteilungen zum Bau der in Aussicht genommenen neuen Schiffe beteiligten Firmen mit einem bestimmten Prozentsatz ihres Reingewinns zu beitreten. Schließlich wird noch vorgeschlagen, Einkommen über 50.000 M. einer Flottenteuer zu unterwerfen, die etwa 10 bis 20 Proz. der Einkommensteuer zu betragen hätte.

Die Aussichtsratsmitglied, zum Theil als erster oder zweiter Vorsteher

der angehört. Alle Aktion vor dieser Zeitung. Sechzehn Gesellschaften: das geht zum Mindesten lediglich Aufschwungshandlungen und ebenso viel Generalversammlungen im Jahre, macht also zweitunddreißig Versammlungen, die zumeist ja mit einem Teile des Jahres abdecken. Für diese auferhebliche Tätigkeit müssen sie sich dazu noch besonders der Mühe unterziehen, die verschiedenen Leistungen über die einzelnen Tantien auszurichten. Wenn all dies den Herren Ihr Amt durch Verminderung des Schreibwechsels, mir meinen durch eine Herabsetzung der zu beauftragenden Tantienmechaniken, etwas erleichtert werden würde, so dürften wir vielleicht sogar auf ihre Dankbarkeit dafür rechnen, daß wir zu dieser Arbeitsförderung die Anregung gegeben haben.“ Von den Tantien gelangt die Kreuziga. zur Dividendensteuer und zu dem Vorstoss, die an den Verteilungen zum Bau der in Aussicht genommenen neuen Schiffe beteiligten Firmen mit einem bestimmten Prozentsatz ihres Reingewinns zu beitreten. Schließlich wird noch vorgeschlagen, Einkommen über 50.000 M. einer Flottenteuer zu unterwerfen, die etwa 10 bis 20 Proz. der Einkommensteuer zu betragen hätte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. März.

* Bad Rothenburg. Die am 17. Oktober 1899 begonnene Bohrung nach einer neuen Heilquelle förderte heute Nachmittag einen außerordentlich starken, 2 Grad Celsius warmen, stark trübe, durchsichtigen Solestrom mit hohem Salzgehalt zu Tage. Die Bohrung ist 28 Meter tief, der Sprudel 16,6 Centimeter stark und bringt einen Meter hoch. Mit dem neuen Sprudel ist ein neuer Solestrom angehoben; die alten Heilquellen sind nicht

gestört.

* London. General Roberts telegraphiert aus Ostiontein vom 7. März: „Lord Roberts grüßt heute den Feind an, der eine Stellung in 1 Meilen nördlich und 11 Meilen südlich des Modderflusses eingenommen. Der Kavalleriedivision gelang es, die süße Flanke des Feindes zu umgehen, der sich jetzt, Mittags, in voller Rückzugsbewegung und schwach befindet, dicht vor der Kavallerie- und Infanterie- und berittenen Artillerie. Mitternachts ging die Infanterie über den Modderfluss bei Poyars Drift, wo General Roberts heute Abend sein Hauptquartier ausschlagen will. Roberts hofft, daß seine Verbüte gering sind, da der Feind auf einen Flottenangriff, der seine Verbindungen mit Bloemfontein bedroht, ganz unvorbereitet war.“

* Burenlager bei Glencoe. 3. März. (Neutrale Meldung.) Die Verbündeten haben die Belagerung von Ladysmith infolge Erfolgs eines Kommandanten auf, welcher ohne Grund die Hauptstellung aufnahm und infolge schlechter Nachrichten vom Modderfluss. Die Verbündeten stehen auf den Biggarsbergen südlich von Dundee.

Berlin. Reichstag. Der Gesetzentwurf über die Konkurrenzsteuerbarkeit wird in dritter Lesung auf Antrag Böckmanns so bloß angenommen. — Es folgen die Ausschusssitzungen der Finanz- und Industrieausschüsse.

In der Ausschusssitzung der Finanz- und Industrieausschüsse wird die Ausschusssitzung der Finanz- und Industrieausschüsse abgeschlossen. Abg. Hagelberg (nat.-lib.) spricht sich gegen den Ultrainternationalismus aus, der es so weit gebracht habe, daß man Katholiken aus dem Umgang mit evangelischen Kollegen als Verbrechen ansieht. Abg. Dittmar (part. lib.) würde das nicht billigen, vorausgesetzt, daß der Umgang nicht eine Schädigung des Unterrichts der katholischen Kinder bewirkt. Auf eine Anfrage des Abg. v. Knapp erwiderte Ministerialdirektor Althoff, daß Katholik-Abiturienten nach Ablegung einer Nachprüfung im Lateinischen zum medizinischen Studium zugelassen werden sollen. Abg. Kunkel (frei. Volksp.) brachte den Fall Lyons zur Sprache. Kultusminister Stadt rechtfertigte die Amtsenthebung des Dr. Lyons, wer sich offen zur Sozialdemokratie detestiere, könne nicht länger Mitglied des Lehrkörpers einer wissenschaftlichen Hochschule sein. Weiterberichtigung morgen.

Berlin. Der deutsche Kronprinz und der Großherzog Friedrich IV. von Württemberg-Schwarzwald beziehen zu Wien die Universität Bonn. Großherzog Friedrich Franz, der am 9. April großjährig wird, wird die Regierung seines Landes noch nicht übernehmen, da er längere Zeit in Bonn zu bleiben gedient. — Der zukünftige Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der junge Herzog von Albany, übertritt mit seiner Mutter zum Frühjahr auf längere Zeit nach Potsdam. Der Kaiser hat ihm die Villa Ingelheim am Tempelhofer See zur Verfügung gestellt. — Die Flottenvorlage soll bereits in nächster Woche in der Budgetkommission des Reichstags zur Beratung gelangen. Die verbündeten Regierungen legen großen Wert darauf, daß die Vorlage noch vor Ostern an das Plenum zurückgelange. Es wird nicht befürchtet, daß die Kommissionen zum Ultrainternationalismus aus, der es so weit gebracht habe, daß der Umgang nicht eine Schädigung des Unterrichts der katholischen Kinder bewirkt. Auf eine Anfrage des Abg. v. Knapp erwiderte Ministerialdirektor Althoff, daß Katholik-Abiturienten nach Ablegung einer Nachprüfung im Lateinischen zum medizinischen Studium zugelassen werden sollen. Abg. Kunkel (frei. Volksp.) brachte den Fall Lyons zur Sprache. Kultusminister Stadt rechtfertigte die Amtsenthebung des Dr. Lyons, wer sich offen zur Sozialdemokratie detestiere, könne nicht länger Mitglied des Lehrkörpers einer wissenschaftlichen Hochschule sein. Weiterberichtigung morgen.

Berlin. Der deutsche Kronprinz und der Großherzog Friedrich IV. von Württemberg-Schwarzwald beziehen zu Wien die Universität Bonn. Großherzog Friedrich Franz, der am 9. April großjährig wird, wird die Regierung seines Landes noch nicht übernehmen, da er längere Zeit in Bonn zu bleiben gedient. — Der zukünftige Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der junge Herzog von Albany, übertritt mit seiner Mutter zum Frühjahr auf längere Zeit nach Potsdam. Der Kaiser hat ihm die Villa Ingelheim am Tempelhofer See zur Verfügung gestellt. — Die Flottenvorlage soll bereits in nächster Woche in der Budgetkommission des Reichstags zur Beratung gelangen. Die verbündeten Regierungen legen großen Wert darauf, daß die Vorlage noch vor Ostern an das Plenum zurückgelange. Es wird nicht befürchtet, daß die Kommissionen zum Ultrainternationalismus aus, der es so weit gebracht habe, daß der Umgang nicht eine Schädigung des Unterrichts der katholischen Kinder bewirkt. Auf eine Anfrage des Abg. v. Knapp erwiderte Ministerialdirektor Althoff, daß Katholik-Abiturienten nach Ablegung einer Nachprüfung im Lateinischen zum medizinischen Studium zugelassen werden sollen. Abg. Kunkel (frei. Volksp.) brachte den Fall Lyons zur Sprache. Kultusminister Stadt rechtfertigte die Amtsenthebung des Dr. Lyons, wer sich offen zur Sozialdemokratie detestiere, könne nicht länger Mitglied des Lehrkörpers einer wissenschaftlichen Hochschule sein. Weiterberichtigung morgen.

Berlin. Die überlieferten Militärberstellungs-Wälder greift bereits in das westliche Gebiet über. Auch in Steele sind heute zwei Söhne begüterter Oekonomen festgenommen und in das Überfelder Untersuchungsgefängnis überführt worden. Andere gegen hohe Rauten auf freiem Fuß geführte Personen wurden in den letzten Tagen auf's Neue verhaftet. Der Prozeß beginnt am 15. März vor dem Überfelder Landgericht und wird wegen seines großen Umfangs in mehrere Sitzungen eingeteilt werden.

Erlaß. Die Schneider legten sämtlich die Arbeit nieder, da die Meister den neuen Lohnarif nicht anerkennen, auch mit der von den Schnellern gewählten Kommission nicht unterhandeln wollen.

Halle a. S. Der Aufstand in Weinhels und Zehnitz ist beendet. In Halle sind heute noch 458 Bergleute ausständig.

Magdeburg. Gestern bildete sich über ein Ausschus zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich. Zum Ehrenvorsitzenden wurde der Oberpräsident Staatsminister Dr. v. Bötticher gewählt.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der neu gewählte erste Vize-

Spield's (institutierte Kindermusik). **Zweiter Holzer Gebr. Gund. Böckeler. 79.**

Tatzen

Frederick

(Gemeinde)

Wittenberg-Schwarzwald

Stadt

rechtfertigte

Eintritt

Wittenberg

Stadt

Wittenberg